



Graubünden | Grischun | Grigioni

Bürgerlich - Demokratische Partei (BDP) Graubünden
Partida burgais - democratica (PBD) dal Grischun
Partito borghese - democratico (PBD) dei Grigioni

Medienmitteilung

Chur, 4. Juli 2019

BDP erfreut über Handeln der Regierung – nun soll GPK aktiv werden

Weil die BDP über die Leistungserbringung der KJBE (Kinder und Jugendliche betreuen, begleiten, bestärken) im Bereich der Mütter- und Väterberatung besorgt ist, hatte sie die Einreichung eines Fraktionsauftrages während der Februar-Session angekündigt. Daraufhin hat die Regierung nun die Leistungsaufträge zwischen dem Kanton Graubünden und dem Verein KJBE gekündigt. Die BDP erachtet dies als unabdingbaren Schritt zur Wiederherstellung des Vertrauens zur KJBE als Institution.

«Dass die Regierung erst nach Ankündigung eines Fraktionsauftrages mit der Aufforderung zur Kündigung der Leistungsvereinbarung und den zunehmenden Medienberichten aktiv wurde, stört mich», so Gian Michael, Fraktionspräsident der BDP Graubünden. Dennoch nimmt die BDP die jüngste Entwicklung und das Eingreifen von Regierungsrat Peter Peyer erfreut zur Kenntnis.

Der Verein KJBE (Kinder und Jugendliche betreuen, begleiten, bestärken) war vor einigen Jahren mit einem Leistungsauftrag des Kantons mit der Mütter- und Väterberatung im Kanton beauftragt worden. Aufgrund von Problemen - vor allem im arbeitsrechtlichen Bereich - in der Führung der KJBE war die BDP über die flächendeckende Beratungsqualität der Massnahmen zur Gesundheitsförderung und Prävention besorgt. «Aus diesem Grund hatten wir einen Fraktionsauftrag vorgesehen», so Grossrat Michael. «Diesen dann aber schliesslich nicht eingereicht, weil die Regierung eine fundierte Analyse der aktuellen Situation bei der Mütter- und Väterberatung des Kantons Graubünden angekündigt hatte.»

Der externe Bericht deckt sich mit den Feststellungen der BDP und kommt zum Schluss, dass eine Verbesserung der Situation nur durch einen erkennbaren Neustart zu gewährleisten sei. «Obwohl mit der Kündigung der Leistungsvereinbarung nun konkrete Massnahmen ergriffen worden sind, bleiben noch viele Fragen offen», meint Michael. Deshalb fordert die BDP eine vertiefte Untersuchung durch die GPK rund um die Mütter- und Väterberatung seit Ausschreibung und Vergabe des Leistungsauftrages.

Rückfragen an:

Gian Michael, Fraktionspräsident BDP Graubünden, Mobile 078 602 11 80